

Erklärung der Evangelischen Landessynode in Baden zur Prostitution vom 26. April 2023

Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden sieht die Situation im Bereich der Prostitution in Deutschland mit großer Sorge.

Menschenhandel und Gewaltausübung sind in Deutschland unter staatliche Strafandrohung gestellt. Der Gesetzgeber hat außerdem mit den gesetzlichen Regelungen den Rahmen dafür geschaffen, dass Sexarbeiter*innen unter dem Schutz des Gesetzgebers stehen. Dennoch hat sich die Situation der Menschen in der Prostitution besorgniserregend verschärft. Der Umfang der Prostitution hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Zunehmend werden insbesondere Frauen aus Osteuropa in Deutschland zur Prostitution gezwungen oder sehen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage keine andere Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sexismus, Rassismus und soziale Benachteiligung verdichten sich in der Prostitution wie in einem Brennglas. Diese gesellschaftliche Realität ist nicht auf Prostitution in Bordellen oder auf dem Straßenstrich beschränkt, sondern wirkt ebenso in den vielfältigen Formen digitaler Medien. Weit überwiegend wird Prostitution nicht freiwillig ausgeübt. Die gesetzlichen Regelungen zur Verhinderung von Zwangsprostitution und Gewalt in der Prostitution werden an vielen Stellen nicht durchgesetzt.

Gesellschaftlich beobachten wir zunehmend eine Enttabuisierung von Prostitution und damit einhergehend eine wachsende Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen in der Prostitution. Dass Erwachsene ihren Körper verkaufen, wird als eine selbstverständliche Form der Erwerbsarbeit angesehen, auch wenn sie das in der Realität meistens nicht ist, sondern faktisch mit Zwang oder Gewalt verbunden ist. Den Menschen in der Prostitution werden oft erhebliche psychische und physische Schäden zugefügt. Viele erfahren unermessliches Leid. Entsprechend sind gesundheitliche Schädigungen, Drogenabhängigkeit und Selbstmordraten unter Prostituierten weit überdurchschnittlich.

Die Evangelische Landeskirche in Baden weiß darum, dass Liebe und Sexualität Geschenke Gottes sind und den Menschen zu fröhlichem, lustvollem und verantwortlichem Umgang anvertraut sind. Wir ermutigen dazu, dies in gegenseitigem Respekt und Achtung miteinander zu leben und zu gestalten. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass die Ökonomisierung der Sexualität einem partnerschaftlichen Umgang grundsätzlich widerspricht. Vielmehr stärkt und verfestigt die Prostitution gesellschaftlich ein Rollenbild, das Frauen zu Objekten in der Regel männlicher Verfügungsgewalt macht. Eine Gesellschaft, die sexuelle Selbstbestimmung, Gendergerechtigkeit und Schutz vor sexualisierter Gewalt zu Leitwerten erhebt, kann Prostitution nicht unhinterfragt lassen.

Wir erkennen in allen Menschen die Würde, die Gott ihnen als Geschöpfe zukommen lässt. Oberstes Ziel gesetzlicher Regelungen ist der Schutz Prostituiertes. Die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde ist insbesondere dort - auch stellvertretend - einzuklagen, wo Menschen in prekären Verhältnissen leben müssen. Wir erinnern deshalb den Staat an seine Pflicht, die Menschenrechte in unserer Gesellschaft zu sichern und durchzusetzen und bitten darum die politisch Verantwortlichen in unserem Land sich folgende Anliegen zu eigen zu machen:

1. Der Umfang von Prostitution muss eingedämmt werden, auch wenn wir wissen, dass es zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften Prostitution gab und gibt.
2. Es braucht eine öffentliche Debatte um die Legitimität von Prostitution. Es ist Aufklärung darüber zu leisten, was Leben in der Prostitution bedeutet.
3. Wir fordern vom Gesetzgeber, die gesetzlichen Regelungen so anzupassen und anzuwenden, dass die Menschen in der Prostitution vor Ausbeutung, Gewalt und

Menschenhandel effektiv geschützt werden und sichergestellt wird, dass niemand unfreiwillig in die Prostitution gerät.

4. Es werden mehr öffentliche Mittel benötigt, um Menschen in der Prostitution zu begleiten und diejenigen zu unterstützen, die aus der Prostitution aussteigen wollen.

5. Das Profitieren von der Prostitution durch Dritte muss stärker sanktioniert werden.

Auch als Kirche sehen wir uns gefordert:

1. Die Evangelische Landessynode in Baden bittet ihre Diakonischen Werke, die Bemühungen zu verstärken, mit denen Menschen in der Prostitution durch Beratungs- und Unterstützungsangebote begleitet werden. Insbesondere Hilfen zum Ausstieg aus der Prostitution sind dabei wichtig.

2. Die Landessynode bittet den Evangelischen Oberkirchenrat, im Rahmen der christlichen Sexualethik die Problematik der Prostitution in angemessener pädagogischer Form aufzugreifen und für Schule und Gemeinde entsprechende Materialien zur Verfügung zu stellen.

3. Die Landessynode ermutigt ihre Gemeinden und Kirchenbezirke und die dort Verantwortlichen, vor Ort die gesellschaftliche Debatte über Prostitution anzuregen und sich um Aufklärung zu bemühen.